

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	19.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Kinder- und Jugendpolitik
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Anderes
Datum	01.01.1965 - 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Ackermann, Nadja
Benteli, Marianne
Flückiger, Bernadette
Guignard, Sophie
Kuhn, Sarah
Käppeli, Anita
Pasquier, Emilia
Schubiger, Maximilian

Bevorzugte Zitierweise

Ackermann, Nadja; Benteli, Marianne; Flückiger, Bernadette; Guignard, Sophie; Kuhn, Sarah; Käppeli, Anita; Pasquier, Emilia; Schubiger, Maximilian 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Kinder- und Jugendpolitik, Anderes, 1990 - 2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Rechtsordnung	1
Privatrecht	1
Sozialpolitik	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Sozialhilfe	1
Soziale Gruppen	1
Asylpolitik	1
Kinder- und Jugendpolitik	2
Menschen mit Behinderungen	4
Bildung, Kultur und Medien	4
Bildung und Forschung	4
Berufsbildung	4
Kultur, Sprache, Kirchen	5
Kulturpolitik	5

Abkürzungsverzeichnis

UNO	Organisation der Vereinten Nationen
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
IV	Invalidenversicherung
SKOS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
SNF	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
SODK	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
Pro Juventute	Stiftung Pro Juventute
ASV	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
WBK-NR	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats
TBBK	Tripartite Berufsbildungskonferenz

ONU	Organisation des Nations unies
AVS	Assurance-vieillesse et survivants
OFAS	Office fédéral des assurances sociales
AI	Assurance-invalidité
CSIAS	Conférence suisse des institutions d'action sociale
FNS	Fonds national suisse de la recherche scientifique
CDAS	Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
Pro Juventute	Fondation Pro Juventute
CSA	Conseil Suisse des Activiés de Jeunesse
CSEC-CN	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national
CTFP	Conférence tripartite de la formation professionnelle

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Rechtsordnung

Privatrecht

ANDERES
DATUM: 25.11.2014
NADJA ACKERMANN

Scheidungskinder sollen ab dem zwölften Lebensjahr selbst ihren Familiennamen bestimmen dürfen. Dies entschied das Bundesgericht und präzisierte somit das seit 2013 geltende **Namensrecht**. Entscheidend für eine Namensänderung sei nicht die Volljährigkeit, sondern die Urteilsfähigkeit. Daher dürfe ein Kind, das nach der Scheidung dem Sorgerecht der Mutter untersteht, auch deren Namen annehmen. Einzelfallabklärungen seien jedoch bei jedem Gesuch vorzunehmen, da eine Namensänderung eine weitere Trennung vom anderen Elternteil bedeuten könne.¹

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Sozialhilfe

ANDERES
DATUM: 20.05.2016
MAXIMILIAN SCHUBIGER

Nachdem erste Massnahmen per Anfang 2016 in Kraft gesetzt worden waren, galt es im Verlauf des Jahres, die **zweite Etappe der Revision der SKOS-Richtlinien** anzugehen. Im Zuge der Teilrevision dieser Richtlinien hatten sich SKOS und SODK geeinigt, den Prozess in zwei Schritten umzusetzen. Dieser zweite Schritt umfasste die Revision der situationsbedingten Leistungen (SIL), die Formulierung von Empfehlungen zur Verminderung von Schwelleneffekten, eine genauere Definition der Trennlinie zwischen Sozial- und Nothilfe sowie die Erstellung von Vorgaben für Mietzinsmaxima sowie Möglichkeiten zur besseren Arbeitsintegration von Müttern. Zudem wurde beschlossen, dass die Teuerungsanpassung für den Grundbedarf der Sozialhilfe auch weiterhin zeitgleich und im gleichen prozentualen Umfang erfolgen soll wie beim Lebensbedarf der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV.

Im Mai wurden diese Teilbereiche konkretisiert und verabschiedet, sie sollen auf den 1. Januar 2017 von den Kantonen umgesetzt werden. Darüber hinaus einigte man sich an einer Sozialkonferenz über Empfehlungen für unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche aus dem Asylbereich – Asylgesuche aus dieser Kategorie haben merklich zugenommen im vergangenen Jahr – und formulierte Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in den Kantonen. Rückblickend wurde auch festgehalten, dass die beschlossenen Massnahmen aus der ersten Etappe der Teilrevision von 20 Kantonen umgesetzt werden; dies wurde als grosser Beitrag zur Harmonisierung der Sozialhilfe gewertet. Die übrigen Kantone waren bereits früher auf einem ähnlich strengen Kurs oder hatten den eigenen Umsetzungsentscheid noch vertagt.²

Soziale Gruppen

Asylpolitik

ANDERES
DATUM: 05.09.2018
SOPHIE GUIGNARD

Le 5 septembre 2018, le Conseil fédéral a ouvert une procédure de consultation sur les modifications d'ordonnance nécessaires pour l'élaboration d'un **Agenda Intégration Suisse** en faveur des personnes mineures non accompagnées dans le domaine de l'asile. La question de l'indemnisation des cantons pour les coûts qui en résulteraient fait également partie de la consultation. L'agenda vise à intégrer plus rapidement ces personnes sur le marché du travail. Les lignes directrices de cet agenda ont été approuvées au printemps 2018 par la Confédération et les Cantons.³

Kinder- und Jugendpolitik

ANDERES
DATUM: 22.06.1990
MARIANNE BENTELI

Die These von der zunehmenden politische Desinteressiertheit scheint hingegen für die **Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände** (SAJV) nicht zuzutreffen. An ihrer Delegiertenversammlung vom 11. März verlangte sie vom Bundesrat, die Konsequenzen aus der Fichenaffäre zu ziehen und gesamthaft zurückzutreten. Vertreten waren an dieser Versammlung rund 50 der über 80 Mitgliederorganisationen; einige, wie z.B. die Jungfreisinnigen distanzieren sich allerdings von dieser Forderung. Es war wohl dieses Vorpellen der SAJV, welches Nationalrat Leuba (lp, VD) bewog, in einer Interpellation die Subventionierung der Jugendorganisationen in Frage zu stellen. Der Bundesrat verwies in seiner Antwort auf die Meinungsfreiheit und erinnerte daran, dass den Jugendverbänden eine wichtige Aufgabe bei der staatsbürgerlichen Bildung der Jugendlichen zukommt. ⁴

ANDERES
DATUM: 13.09.1990
MARIANNE BENTELI

Welche Konsequenzen dies für die Schweiz habe, wollten daraufhin mehrere Parlamentarierinnen und Parlamentarier wissen, und sie erinnerten daran, dass die Schweiz die anfangs September in Kraft getretene **UNO-Konvention über die Rechte der Kinder** aufgrund des Saisonierstatuts, welches den Familiennachzug verbietet, nicht vorbehaltlos unterzeichnen kann. Der Bundesrat wollte ein Postulat Bär (gp, BE) mit der Aufforderung, den Räten über den Kindergipfel Bericht zu erstatten und die Konvention zur baldigen Ratifizierung vorzulegen, zwar entgegennehmen, doch wurde es vom Zürcher SD-Nationalrat Steffen bekämpft. Noch nicht behandelt wurden eine Motion Longet (sp, GE) und eine parlamentarische Initiative Spielmann (pda, GE), welche beide verlangen, die einer Ratifizierung allfällig entgegenstehenden Gesetze seien zu revidieren. ⁵

ANDERES
DATUM: 07.08.1995
MARIANNE BENTELI

In seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien verabschiedete der Bundesrat seine **Stellungnahme zum Expertenbericht "Kindsmisshandlungen in der Schweiz"**. Zum besseren Schutz der Kinder will er weniger auf neue Gesetze, denn auf Prävention und auf Massnahmen im Bereich der Familien- und Gesellschaftspolitik setzen. ⁶

ANDERES
DATUM: 03.11.1997
MARIANNE BENTELI

Die **internationale Kinderarbeits-Konferenz** in Oslo einigte sich auf die schnellstmögliche Ächtung der unerträglichsten Formen von Kinderarbeit und deren vollständige Abschaffung innerhalb von 15 Jahren. Der Schweizer Delegationsleiter sagte, die Schweiz setze sich besonders für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und die Förderung der Schulbildung ein. Ein Verbot der Kinderarbeit habe nämlich keinen Sinn, wenn es an Schulen mangle und es keinen Ersatz für den Erwerbsausfall gebe. Die Schweiz unterstütze auch Labels, die garantierten, dass Produkte nicht unter Ausbeutung von Kindern hergestellt werden. ⁷

ANDERES
DATUM: 05.04.2007
MARIANNE BENTELI

Die Schweiz hatte die **UNO-Kinderrechtskonvention** nur mit mehreren Vorbehalten ratifiziert. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind gehalten, die Möglichkeit des Rückzugs von Vorbehalten zu prüfen und gegenstandslos gewordene Vorbehalte zurückzuziehen. Dieses Vorhaben kündigte der Bundesrat im April für zwei Bestimmungen an. Aufgrund der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht, das vorsieht, dass Jugendliche getrennt von den Erwachsenen inhaftiert werden, wurde der Vorbehalt betreffend Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen in der Untersuchungshaft gegenstandslos. Zudem können seit dem Inkrafttreten der Änderungen des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts staatenlose Kinder unabhängig vom Ort ihrer Geburt nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen, weshalb auch dieser Vorbehalt zurückgezogen werden kann. ⁸

ANDERES
DATUM: 19.12.2007
MARIANNE BENTELI

Bei einer ersten Gruppe von Vorstössen ging es gewissermassen um eine **Bestandesaufnahme**. Allemann (sp, BE) wollte den Bundesrat verpflichten, die verschiedenen Akteure, die sich mit dieser Frage beruflich auseinandersetzen, zu einer nationalen Konferenz einzuladen und damit bei der Eindämmung der Jugendgewalt eine aktive und koordinierende Rolle zu übernehmen. Der Bundesrat verwies auf laufende Arbeiten im BSV, welche 2008 in einen Bericht münden sollen; dieser sei bewusst breit angelegt und beziehe alle involvierten Kreise ein, weshalb eine nationale Konferenz

keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Auf seinen Antrag wurde die Motion mit 129 zu 51 Stimmen abgelehnt. Gegen den Willen des Bundesrates angenommen – und zwar sehr deutlich mit 114 zu 37 Stimmen – wurde hingegen eine weitere Motion Allemann, die verlangt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen sei eine gesamtschweizerisch einheitliche Meldepflicht für Vorfälle menschlicher Gewalt einzuführen. Die Regierung vertrat die Ansicht, eine gesamtschweizerische Statistik zu Gewaltdelikten und deren Opfer könne durchaus sinnvoll sein, eine Meldepflicht insbesondere für Ärzte und Ärztinnen sei aber wegen des Berufsgeheimnisses problematisch und könnte sich auch als kontraproduktiv erweisen, da viele Opfer sich scheuen würden, die Tat zu thematisieren, wenn ihnen bewusst sei, dass die Information nicht vertraulich behandelt werde.⁹

ANDERES
DATUM: 05.04.2011
ANITA KÄPPELI

Zur Bekämpfung von Jugendgewalt haben Akteure der drei föderalen Ebenen sowie der Städte im April ein gemeinsames **Präventionsprogramm „Jugend und Gewalt“** gestartet. Es soll unter anderem die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch der verschiedenen Akteure vertiefen und dadurch einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendgewalt leisten. Das Programm ist Teil der Gesamtstrategie des Bundes im Kinder- und Jugendbereich; die Leitung des Präventionsprogramms obliegt dem Bundesamt für Sozialversicherungen.¹⁰

ANDERES
DATUM: 23.02.2012
EMILIA PASQUIER

Après Einsiedeln en 2001, l'hôpital de Davos s'est équipé d'une « **boîte à bébé** » qui permet à des parents en situation de détresse de déposer leur bébé anonymement. L'installation de la boîte a été soutenue par l'Aide suisse pour la mère et l'enfant (ASME).¹¹

ANDERES
DATUM: 15.06.2012
EMILIA PASQUIER

Avec pour objectif de dépister les **violences intrafamiliales**, la conseillère nationale Yvonne Feri (ps, AG) a déposé un postulat demandant au Conseil fédéral d'établir un rapport sur le sujet. Dans un deuxième temps, la motionnaire souhaite que le gouvernement propose des solutions sur la mise en œuvre. Le Conseil national a accepté le postulat.¹²

ANDERES
DATUM: 14.12.2012
EMILIA PASQUIER

Un postulat Amherd (pdc, VS) demandant au Conseil fédéral de se pencher sur les différentes mesures qui permettraient de protéger les enfants des effets des **réseaux sociaux**, notamment Facebook, a été transmis. Le Conseil national a soutenu cette proposition par 103 voix contre 87.¹³

ANDERES
DATUM: 31.12.2012
EMILIA PASQUIER

Une commission nationale du film et de la protection des mineurs a été créée au cours de l'année sous revue afin d'harmoniser l'**âge légal pour visionner un film**. En effet, après dix ans de travaux préparatoires, la Conférence des directeurs cantonaux de justice et police (CCDJP), l'Association suisse des exploitants et les distributeurs de films Pro Cinema et l'Association suisse du vidéogramme ont trouvé un terrain d'entente. La commission, composée de 60 membres, se basera sur les limites fixées en Allemagne. Cette décision a posé des problèmes aux représentants romands qui ont invoqué des différences culturelles entre les régions linguistiques. Finalement, la commission fonctionnera avec des sous-commissions de trois membres et permettra ainsi aux latins de garder un pouvoir décisionnel sur les films français ou italiens. Cependant, des exceptions cantonales subsisteront. Pour des raisons culturelles, le Tessin ne sera pas concerné par les décisions de la commission, tout comme le canton de Zurich qui doit faire face à des recours déposés par des distributeurs. Finalement, le canton de Vaud aura également un droit de recours automatique pour les films à condition que le film soit distribué en Suisse romande, que le film ne soit pas déjà évalué par la commission allemande et que l'âge proposé par le distributeur ne soit pas supérieur à 16 ans.¹⁴

ANDERES
DATUM: 22.03.2013
EMILIA PASQUIER

Transmise en 2009 par le Conseil national, l'initiative parlementaire Amherd (pdc, VS) a connu des avancées législatives. Rappelons que l'initiative demande d'ancrer dans la Constitution un article qui permettrait à la Confédération de légiférer sur **l'encouragement et la protection des enfants et des jeunes**. La politique de l'enfance et de la jeunesse étant actuellement principalement en main cantonales et communales, l'initiative impliquerait donc un transfert de compétence. Au cours de l'année sous revue, l'initiative a tout d'abord fait l'objet d'une demande de prolongation du délai de traitement. Une prolongation avait déjà été accordée en 2011. Cependant, cette nouvelle prolongation a été plus discutée. En effet, au nom du fédéralisme, une minorité de la commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC CN) a demandé de refuser cette prolongation. L'argument de la répartition des compétences n'a pas su charmer les parlementaires qui ont refusé cette minorité par 100 voix contre 79 et 1 abstention. Quelques mois plus tard, la CSEC CN a publié son rapport sur l'initiative. La commission propose d'ajouter aux termes « protection » et « encouragement », la notion de « participation à la vie politique et sociale » des enfants et des jeunes. Ces propositions ont été rejetées par le Conseil fédéral. Ce dernier s'oppose à la création d'un nouvel article constitutionnel. Il juge que les mesures qui ont été prises récemment par la Confédération sont encore en phase d'application et d'évaluation et qu'il serait prématuré d'envisager un changement de stratégie.¹⁵

ANDERES
DATUM: 01.10.2014
SOPHIE GUIGNARD

Pro Juventute a lancé en octobre une **campagne de sensibilisation destinée aux adolescents** baptisée « la vraie vie ». Cette campagne porte sur la différence qu'il peut exister entre l'image d'une existence en apparence parfaite véhiculée par les réseaux sociaux et la réalité des jeunes. Ces idéaux numériques peuvent ainsi entraîner une pression psychologique sur les adolescents et empêcher le développement d'une image de soi positive.¹⁶

ANDERES
DATUM: 01.11.2014
SOPHIE GUIGNARD

Suite à un objectif fixé en 2011 par le Conseil fédéral, la Confédération, les cantons, les villes et les communes mettent sur pied un programme national de prévention « Jeunes et violence ». Prévu de 2011 à 2015, ce dernier a pour but d'élaborer une base de connaissances communes sur le thème de la **prévention de la violence chez les jeunes** et de développer des moyens efficaces pour la prévenir. En novembre de l'année sous revue est paru un rapport sur l'état actuel du savoir sur l'efficacité des approches pour des projets de protection de l'enfance, publié avec l'aide du Fonds suisse. Le rapport, basé sur la recherche scientifique, présente 26 stratégies de prévention ainsi qu'un aperçu des pratiques en Suisse et formule des recommandations¹⁷

Menschen mit Behinderungen

ANDERES
DATUM: 31.12.2013
EMILIA PASQUIER

Un projet pilote « Kita plus » a été mené dans une crèche du canton de Lucerne. Le projet vise à **intégrer des enfants handicapés dans des structures standards**.¹⁸

Bildung, Kultur und Medien

Bildung und Forschung

Berufsbildung

ANDERES
DATUM: 10.11.2021
BERNADETTE FLÜCKIGER

Im November 2021 publizierte die TBBK ihr **Commitment zu fairen Chancen in der Berufswahl und bei der Lehrstellenbesetzung**. Die TBBK – zusammengesetzt aus den Verbundpartnern der Berufsbildung – verpflichtete sich damit, offene Lehrstellen frühestens im August des Vorjahres auszuschreiben sowie Lehrverträge frühestens ein Jahr vor Lehrbeginn abzuschliessen. Ausserdem sollen die kantonalen Berufsbildungsämter die Lehrverträge frühestens im September des Vorjahres genehmigen können. Hintergrund dieser Vereinbarung war die Problematik, dass ein eigentlicher Wettlauf um die Lernenden respektive die Ausbildungsplätze entstanden war, wodurch die Eltern und die angehenden Auszubildenden unter Druck gerieten und unausgereifte Entscheidungen hinsichtlich der Lehrstelle treffen mussten. Mit dem Commitment soll erreicht werden, dass die Jugendlichen eine adäquate Lehrstelle finden und die Betriebe zu den geeigneten Auszubildenden kommen.¹⁹

Kultur, Sprache, Kirchen

Kulturpolitik

ANDERES
DATUM: 26.10.2011
SARAH KUHN

In Umsetzung der Kulturbotschaft 2012–2015 hatten Bund, Kantone, Städte und Gemeinden Ende Oktober 2011 eine Vereinbarung zur Schaffung eines **Nationalen Kulturdialogs** unterzeichnet. In diesem Rahmen sollte ein allgemeiner Dialog zur Kulturpolitik gefördert und die kulturpolitische Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen gestärkt werden, wie in der Medienmitteilung des Bundes zu lesen war. Als zentrales Arbeitsmittel nutzt der Nationale Kulturdialog Arbeitsprogramme, in denen jeweils die Stossrichtung der Schweizer Kulturpolitik für die nächsten Jahre festgelegt wird. Die ersten beiden Arbeitsprogramme für die Jahre 2012–2013 und 2014–2015 umfassten dabei sieben, respektive acht inhaltliche Schwerpunkte. In beiden wurden unter anderem die Zusammenarbeit bei der Museumspolitik oder bei der Abstimmungskampagne und der späteren Umsetzung der Volksinitiative «jugend+musik» thematisiert. Zudem wurde in beiden Arbeitsprogrammen gefordert, dass bei der Erarbeitung der Kulturbotschaft 2016–2019 alle Staatsebenen frühzeitig involviert werden sollten.²⁰

1) NZZ, 25.11.14

2) Medienmitteilung SODK vom 20.05.2016

3) Communiqué de presse du DFJP, 05.09.18.

4) NZZ, 12.3.90; Amtl. Bull. NR, 1990, S. 1297 f.

5) Amtl. Bull. NR, 1990, S. 2430; Verhandl. B.vers., 1990, V, S. 35 und 107.

6) BBI, 1995, IV, S. 1 ff. Siehe dazu auch Amtl. Bull. NR, 1995, S. 1604; Presse vom 8.7.95. Für einen Vorstoss zur Einrichtung eines "Sorgentelefon" für Kinder vgl. a.a.O., S. 2200.

7) Presse vom 1.11.97; NZZ, 3.11.97.

8) Presse vom 5.4.07.

9) AB NR, 2007, S. 1989 ff., 2006 und 2008.

10) Medienmitteilung BSV vom 5.4.11.

11) LT, 23.2.12.

12) BO CN, 2012, p. 1210.

13) BO CN, 2012, p. 2248.

14) LT, 18.12.12.

15) FF, 2013, p. 5651ss., 5997ss.

16) TA, 21.10.14; TG, 21.10.14

17) OFAS/Jeunes et violence/Fonds suisse pour des projets de protection de l'enfance

18) NZZ, 18.4.13.

19) Info der TBBK vom 10.11.21

20) Arbeitsprogramm NKD 2012–2013; Arbeitsprogramm NKD 2014–2015; Medienmitteilung EDI vom 26.10.11